

Grußwort des italienischen Botschafters Herrn Pietro Benassi anlässlich der Sitzung des EBD-Vorstands

Botschaft der Italienischen Republik, 10. März 2017

(es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute - angesichts des bevorstehenden 60. Jahrestages und des damit verbundenen Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs am 25. März in Rom - hier in der Botschaft des Landes begrüßen zu dürfen, welches zu den 6 Unterzeichnerstaaten der Römischen Verträge im Jahr 1957 zählte.

In diesem Moment finden in Brüssel die Gespräche der 27 Mitgliedstaaten über die Zukunft Europas statt. Bundeskanzlerin Merkel sprach sich in ihrer gestrigen Regierungserklärung erneut für ein weltoffenes und starkes Europa aus: Europa dürfe sich niemals ‚einigeln‘ und abschotten. Es müsse jedoch mehr Verantwortung übernehmen, so auch beim Kampf gegen soziale Ungleichheiten. Weiterhin wies Sie auf die einzigartige Mischung aus Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Sicherung hin, auf die Europa stolz sein könne, denn so etwas gäbe es in diesem Umfang auf der Welt nicht noch einmal.

Wie Sie alle wissen, arbeiten Deutschland und Italien in diesen Wochen intensiv für ein Europa, das den Errungenschaften der Römischen Verträge entspricht.

Die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie in Deutschland und Italien kennen, ist ein Erfolgsmodell, um das uns weite Teile der Welt beneiden. Wachstumstrends in Europa sind jedoch noch - zwischen Ländern sowie besonders zwischen breiten gesellschaftlichen Schichten - allzu asymmetrisch verteilt. Teilhabe am Wachstum ist jedoch wichtig, um die Akzeptanz für Wachstum zu sichern. Allgemein, um mehr Teilhabe am Wachstum zu fördern, müssen wir mehr investieren und auch Verbindlichkeit und Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder stärker fördern.

Die OECD nennt das „inklusive Wachstum“: diese Notwendigkeit wurde auch im letzten Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung anerkannt. Ludwig Erhard hat es sich vor 60 Jahren einfacher gemacht, indem er es in den Auftrag „Wohlstand für Alle“ übersetzte. Aber in Europa sind wir alle davon ein gutes Stück entfernt.

Die größten Länder der Eurozone haben hier eine besondere Verantwortung. Sie müssen nämlich zeigen, dass die Globalisierung auch sozial zu gestalten ist und

unsere Bürger auf diesem Weg inklusiv mitgenommen werden müssen, damit sie nicht in Versuchung geraten, aus der Globalisierung in die Abschottung zu flüchten. In Deutschland können wir gerade sehr deutlich beobachten, welche Hoffnungen die Gesellschaft mit einer starken sozialmarktwirtschaftlichen Ausprägung verbindet und welche Reaktionen die Thematisierung von 'Ungleichheit' und 'Abstieg' auslösen kann.

2017 wird daher ein wichtiges Jahr für Europa sein, denn wir können Europa als starke Gemeinschaft nur erhalten, wenn sich die Gesellschaft in einer politischen und nachhaltigen Agenda für das nächste Jahrzehnt Europas wiederfindet. Natürlich sind die Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland von allererster Bedeutung.

Die Alternative wird nicht mehr nur zwischen Links und Rechts, sondern zwischen einer offenen Gesellschaft - das bedeutet natürlich auch: offen für globalen Handel - und Abschottung bestehen.

Die jeweiligen Bedürfnisse der einzelnen EU-Mitgliedstaaten müssen jedoch zugunsten einer nachhaltigen Agenda auch berücksichtigt werden. Auf dem Weg zum Jubiläumsgipfel in Rom am 25. März werden neue politische Anstrengungen diesbezüglich bereits deutlich. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang, den italienischen Ministerpräsidenten zum Schluss des Vierertreffens vom 6. März in Versailles zu zitieren: *„Italien wird die Position eines integrierten Europas mit der Möglichkeit verschiedener Integrationslevels, verteidigen. Denn es ist völlig normal, dass verschiedene Länder verschiedene Ambitionen haben können. Die Union muss diesen unterschiedlichen Ambitionen auch unterschiedliche Angebote anbieten - unter Beibehaltung eines gemeinsamen Projektes: eines gemeinsamen Projektes auf der Grundlage der Erklärung von Rom vom 25. März dieses Jahres“.*

In diesem Sinne, versucht die Erklärung von Rom dem Erbe der Berliner Erklärung von 2007 sowie dem Fahrplan von Bratislava 2016 gerecht zu werden.

Sie wird einen Wendepunkt für den Europäischen Integrationsprozess darstellen.

Unsere Meinung nach braucht Europa heute verschiedene Schwerpunkte, die sich gegenseitig stärken:

1) **ein sicheres Europa:** Ein Europa, das seinen Bürgern Sicherheit bieten kann.

2) **ein inklusives und globales Europa:** Ein Europa, das angesichts der globalen Herausforderungen stärker sein kann: im Hinblick auf Migration, auch mit einer

neuen Partnerschaft mit Afrika; im Hinblick auf die Verteidigung mit einer koordinierten europäischen Verteidigung.

3) **ein sozialgerechtes Europa**, die eine gleichberechtigte Teilhabe am Wachstum sichert und staatliche Investitionen in unsere Verkehrs-, Energie- und digitalen Netze sowie in die Bildung fördert.

4) **ein starkes Europa in der Welt**: Ein Europa mit einem politischen und moralischen Manifest, das sich auf Multilateralismus, internationale Zusammenarbeit, Subsidiarität und Solidarität unter den Mitgliedstaaten stützt.

Diese neue Agenda soll für ein handlungsfähiges Europa stehen, auch um - wie bereits betont - die verlorene Glaubwürdigkeit beim Bürger zurückzugewinnen.

Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, welche Tragweite das europäische Projekt angesichts neuer Machtgewichtungen in der Welt für unsere Zukunft besitzt. Allerdings halte ich es auch bei unserem Treffen heute, hier in der Botschaft für nützlich, darüber zu sprechen, an welcher Idee von Europa wir heute und mindestens auch in den kommenden zehn Jahre festhalten wollen. Ich freue mich daher auf einen anregenden und vertiefenden Austausch.

Vielen Dank.